

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 7. Juni 2016

Gesundheits- und Fürsorgedirektion

**65 2014.GEF.10951 Bericht
Alterspolitik im Kanton Bern 2016**

1. Planungserklärung SP-JUSO-PSA (Bhend, Steffisburg)

Handlungsfeld 4: Versorgungsangebot bei Krankheit im Alter

Der Kanton berücksichtigt den betreuenden Aufwand von Menschen mit Demenz mit einer angemessenen Zuteilung der finanziellen Ressourcen.

2. Planungserklärung SP-JUSO-PSA (Bhend, Steffisburg)

Caring Community:

Der Kanton unterstützt Projekte und Initiativen, die die neusten technologischen Errungenschaften für pflege- und betreuungsbedürftige Menschen und unterstützende Personen nutzbar machen.

3. Planungserklärung SP-JUSO-PSA (Wüthrich, Huttwil)/(Striffeler-Mürset, Münsingen)

Der Kanton Bern unterstützt Bestrebungen auf nationaler Ebene zur Verbesserung der Information und Interessenvertretung der pflegenden und betreuenden Angehörigen.

4. Planungserklärung Grüne (de Meuron, Thun)

~~a Die Akut- und Übergangspflege ist in der Regel für einen Zeitraum von 2 bis 6 Wochen zu definieren, je nach Zustand der Patientin nach der Hospitalisation, dem effektiven Pflegeaufwand und der Schwere der Erkrankung. (Polymorbidität)~~

~~b Die Finanzierung dieses Aufwands während maximal 6 Wochen hat sich nach der definierten Pflegestufe des Individuums zu richten.~~

5. Planungserklärung Grüne (de Meuron, Thun)

a Die Institutionen der ambulanten Geronto-Psychiatrie sind auszubauen bis zu einer von der GEF zu definierenden Grösse und Umfang, dass im stationären Sektor dieser Kategorie keine zusätzlichen stationären Plätze geschaffen werden müssen.

b Hier sind die bestehenden Institutionen und die niedergelassenen Psychiater miteinzubeziehen, damit auch die Notfallbetreuung flächenmässig gewährleistet ist.

Präsident. Die Planungserklärungen 4. a und 4. b der Grünen sind zurückgezogen. Darüber müssen wir also nicht mehr diskutieren. Ich bitte zuerst die Kommissionssprecherin ans Mikrofon, dann die Antragsteller der Planungserklärungen, anschliessend diskutieren wir dann gesamthaft über das Ganze. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe keine Opposition.

Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (SP), Kommissionssprecherin der GSoK. Ich danke der Gesundheitsdirektion und der Verwaltung für diesen hervorragenden und ausführlichen Altersbericht. Er zeigt die möglichen Folgen des demographischen Wandels, den Handlungsbedarf und die geeigneten Massnahmen auf. Die demographische Entwicklung wird dazu führen, dass in unserem Kanton bis 2035 die Altersgruppe der 65+ mehr als 28 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen wird. Bei dieser Zahl ist insbesondere wichtig, dass die Anzahl der über 80-Jährigen von heute 5,7 auf mehr als 10 Prozent steigen wird. Diese Altersgruppe, bei der die Menschen vermehrt an Mehr-

facherkrankungen und Demenz leiden, wird zunehmen. Seit dem ersten Bericht aus dem Jahr 2004 wird Wert auf die Gesundheitsförderung im Alter gelegt. In dieser Zeit hat sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Kirchgemeinden, Seniorennetzwerken und Frauenvereinen entwickelt. Bei wichtigen Projekten wie Bewegung, Begegnung und sozialer Teilhabe oder bei weiteren Kernthemen wie Bewegungsförderung, Sturzprävention und Ernährung, wurden aufgrund der ASP Kürzungen der kantonalen Unterstützung um mehr als die Hälfte vorgenommen. Dabei handelt es sich um diejenigen Themen, die die wichtigsten Punkte beinhalten, um möglichst lange gesund und mobil zu bleiben, das heisst, die bei der Verminderung der Pflegekosten zentral sind.

Die Anzahl alter Menschen mit Migrationshintergrund nimmt zu. Für sie werden unter anderem von Caritas Angebote bezüglich Gesundheitsförderung und sozialer Teilhabe geschaffen, dies in enger Zusammenarbeit mit anderen Institutionen. Die Gesundheitsdirektion hat vorausschauend erkannt, dass es wichtig ist, Projekte zu unterstützen, die dem Rückzug alter Menschen in die Einsamkeit vorbeugen und sie für ein erfolgreiches Gestalten ihres Lebens sensibilisiert. Dies insbesondere, weil die Einpersonenhaushalte bei älteren Menschen zunehmen. Der Bericht zeigt auf, dass die Sorge, die Unterstützung und die Pflege alter Menschen eine gesellschaftliche Aufgabe ist, und zwar in Quartieren, in der Dorfgemeinschaft, in der Stadt und in der Region. Der Bericht unterstreicht, dass in unserer Gesellschaft der Stellenwert der Sorge für einander steigen muss. Dass die Zunahme der Anzahl von älteren und sehr alten Menschen, die zu Hause wohnen wollen, einen höheren Pflege- und Betreuungsbedarf mit sich bringen wird, liegt auf der Hand. Dass dieser aber oft von Pender-Migrantinnen gedeckt werden muss, die zum Teil unter prekären Arbeitsverhältnissen und ohne Versicherungsschutz arbeiten, scheint zum Glück auf nationaler Ebene erkannt worden zu sein.

Der Bericht zeigt weiter auf, dass unsere Gesellschaft endlich von unserem bisherigen Verständnis wegkommen muss, wonach die alten Menschen in Pflegeheimen besser gepflegt werden als in der ambulanten Pflege. Nicht nur die hohe Anzahl alter Menschen zwingt uns dazu, sondern auch der zunehmende Mangel an Pflegefachleuten. Der Unterstützung von pflegenden und betreuenden Angehörigen wird im Bericht viel Raum gegeben, und es werden verschiedene Aspekte aufgezeigt: Sei es die psychische und physische Belastung durch die zum Teil über Jahre dauernde Betreuung, oder die finanziellen Einbussen, wenn die Erwerbsarbeit reduziert oder ganz aufgegeben werden muss. Die Unterstützung und die Entlastung pflegender Angehöriger ist ein Schlüsselement der kantonalen Alterspolitik. Indem die GEF verschiedene Massnahmen wie die Beratung von Angehörigen oder Angebote für Tagesbetreuung unterstützt, hebt sie die Wichtigkeit der Angehörigenpflege hervor. Es wird festgehalten, dass die pflegenden Angehörigen eine wichtige Säule des Gesundheitswesens bilden. Ausgerechnet jetzt, wo das immer nötiger wird, auch aufgrund des Mangels an Pflegefachpersonal, sind immer weniger Angehörige bereit, diese Aufgabe zu übernehmen.

Für eine erfolgreiche kommunale Alterspolitik müssen für eine altersgerechte Wohninfrastruktur auch andere Zuständigkeitsgebiete wie Raum- und Verkehrsplanung einbezogen werden. Ich bin froh, dass im Bericht auch das negativ geprägte Bild des Alterns in unserer Gesellschaft erwähnt wird. Denn die gesellschaftliche Aufklärung tut not. Mehr als 80 Prozent der Bevölkerungsgruppe, die älter als 80 Jahre ist, lebt zu Hause und nicht, wie oft von der Gesellschaft wahrgenommen wird, in den Pflegeheimen. Ich kann Ihnen dazu gleich ein gutes Beispiel anführen, nämlich das meiner Mutter, die 85 Jahre alt ist, oft bei uns im Ratssaal sitzt und von Twann hierher reist.

Altern und eine gewisse Pflegebedürftigkeit oder Abhängigkeit darf nicht dazu führen, dass die Menschen ausgegrenzt werden. Die GEF setzt sich seit längerem dafür ein, dass die Pflegeheimplanung regional erarbeitet wird und Pflegeheimplätze möglichst mit Rücksicht auf die regionalen Gepflogenheiten und im Sinn der betroffenen Region zugeteilt werden. Fast alle Regionalkonferenzen haben erkannt, wie wichtig und sinnvoll diese Planung ist. Mit der Pflegeheimplanung hat der Regierungsrat 2004 die Pflegeheimplätze im Altersbereich festgesetzt. Davon sind nur noch ein paar wenige frei und werden bei ausgewiesenem Bedarf zugeteilt. Das Kontingent von 15 500 Plätzen wird 2035 aufgrund der Bevölkerungsentwicklung bei den mehr als 80-Jährigen einen Abdeckungsgrad von 15,3 Prozent ergeben. Es zeichnet sich ab, dass der Kanton Bern im Vergleich zu anderen Kantonen einen sehr niedrigen Anteil an Pflegeplätzen ausweisen wird. Eine Anpassung auf 20 Prozent würde bedeuten, dass bis 6500 zusätzliche Betten bewilligt werden müssten. Dass bis 2035 nur 15,3 Prozent der mehr als 80-Jährigen ein Pflegebett zur Verfügung haben werden bedeutet, dass in den Pflegeheimen nur noch Menschen mit Mehrfacherkrankungen, mit grossen Einschränkungen oder Leute, die an Demenz leiden, aufgenommen werden können. Die Verweildauer in den Heimen wird sich verkürzen müssen. Das bedeutet aber auch, dass die Betreuung und Pflege dieser Bewohner immer komplexer und die Anforderungen an das Personal entsprechend

höher wird. Die Bevölkerung im Kanton Bern weist auch in Zukunft einen sehr hohen Anteil von Menschen im Pensionsalter auf. Die Werte liegen mit einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von rund 27 Prozent deutlich höher als der schweizerische Durchschnitt von 24 Prozent.

Mein Fazit: Ich danke der Gesundheitsdirektion und der Verwaltung für diesen hervorragenden Bericht. Er wurde mit grossem gerontologischem Fachwissen verfasst und weist auf alle wichtigen Bereiche der Alterspolitik hin. Er zeigt, wie weitsichtig und innovativ in den vergangenen Jahren vor allem in der ambulanten Pflege, Betreuung und Unterstützung zielgerichtete Projekte unterstützt wurden. Die Herausforderungen werden weiter bestehen. Wir befinden uns in einer demographischen Entwicklung, wie es sie noch nie gab. Einerseits gibt es einen sehr hohen Anteil von alten und sehr alten Menschen, andererseits besteht ein zunehmender Mangel an Pflegefachleuten, der sich mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative noch einmal verschärfen wird. Wir sind als Gesellschaft gefordert. Ich bitte Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Zu den Planungserklärungen: Die Planungserklärung 1 der SP-JUSO-PSA-Fraktion wird von der GSoK mit 11 zu einer Stimme bei 2 Enthaltungen angenommen. Die Planungserklärung 2 in Bezug auf die Caring Community wird mit 9 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Die Planungserklärung 3 der SP-JUSO-PSA-Fraktion wird einstimmig angenommen. Die Planungserklärung 4 wurde wie gesagt zurückgezogen. Die Planungserklärung 5 wird mit 5 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Präsident. Grossrat Bhend wird über die Planungserklärungen 1 und 2 sprechen.

Patric Bhend, Steffisburg (glp). Ich möchte mich zuerst für den Bericht bedanken. Der Kanton Bern wird zum Teil von anderen Kantonen um sein System in der Alterspolitik beneidet. Wir waren einer der ersten Kantone, welche die Subjektfinanzierung einführten, die Anreize für wirtschaftliches Unternehmertum in dieser Branche setzte, dies gerade im Bereich der Spitex. Hier haben wir wirklich eine Vorreiterrolle eingenommen. Auch hier werden die richtigen Anreize gesetzt. Dadurch ergeben sich viele Freiheiten für diejenigen Institutionen, die sich auf dem Markt bewegen. Ich möchte mich also an dieser Stelle herzlich bedanken. Auch möchte ich meine Interessenbindung bekannt geben: Ich bin Geschäftsführer von Solina, einer Institution aus dem Langzeitpflegebereich.

Ich lege Ihnen kurz meine Planungserklärungen dar. Es geht hier um das Versorgungsangebot bei Krankheit im Alter. Es ist ein offenes Geheimnis: Menschen mit Demenz werden mit unserem Einstufungssystem, das wir in unserer Branche brauchen, nicht ausreichend berücksichtigt. Die Krankenkassen entschädigen die pflegerischen Aufwände, was bei der Einstufung berücksichtigt wird. Menschen mit Demenz, die noch mobil sind, brauchen oft nicht so viel Pflege, aber die Betreuung ist recht aufwändig. Dies, wenn es darum geht dafür zu sorgen, dass sie nicht weglaufen. Während dem Verlauf dieser Krankheit gibt es solche Phasen. Zum Teil sind sie aufgebracht, wissen nicht mehr, wo sie sind und haben Orientierungsschwierigkeiten. Dies abzufangen ist für das Personal sehr aufwändig. Es gibt zwei Möglichkeiten, wie man dem in einer Institution oder als Angehöriger begegnen kann: Die günstigere Möglichkeit besteht darin, genügend Medikamente zu geben, indem man die Leute sediert, damit sie sich ruhig verhalten. So hat man das Problem gelöst. Diese Variante ist aber nicht menschlich, so sollte man nicht mit Menschen mit Demenz umgehen. Die andere Variante ist kostspieliger: Sie bedeutet, dass der Betreuungsaufwand gewährleistet sein muss. Es müssen Leute eingesetzt werden, die sich um diese Menschen kümmern, ihnen immer wieder erklären, wo sie sind, ihnen die Situation erklären, sich die Zeit nehmen und mit ihnen ein Gespräch suchen, das sie beruhigen kann. Das ist die andere Variante. In der Langzeitpflege hat man für die Betreuung pro Person 11 Minuten pro Tag zugute. Es versteht sich von selbst, dass das für eine Person mit Demenz schlicht nicht ausreicht. Im Bericht kommt diese Tatsache etwas zu wenig zum Ausdruck. In der Branche wird dieses Thema offen diskutiert und es besteht Einigkeit darüber. Auch die GEF hat das Problem anerkannt, aber bisher hat man der Erkenntnis noch keine Taten folgen lassen. Wahrscheinlich braucht es dann auch auf nationaler Ebene Interventionen. Es ist wirklich ein Problem und ich wünsche mir keine billige Lösung, sondern eine menschliche. Deshalb schlage ich Ihnen diese Planungserklärung vor. Es soll geprüft werden, wie man künftig für diese Problemstellung eine Lösung erarbeiten und wie man diese finanzieren kann. Es geht darum, genügend Betreuungspersonal zur Verfügung zu stellen für Menschen mit Demenz. Soviel zur ersten Planungserklärung.

Nun zur zweiten Planungserklärung: Ich finde den Bericht, wie gesagt, sehr gut. Er widerspiegelt das Bild, das unsere Alterspolitik im Kanton Bern abgibt. Mir fehlt jedoch ein bisschen die Optik des technologischen Wandels, der im Moment vorherrscht. Ein Beispiel ist das Activ assisted living. Da-

bei geht es um intelligente Wohnungen, die mit Sensoren ausgerüstet sind, zum Beispiel mit Kühlschränken, die selber Bestellungen vornehmen können. Aber es gibt noch ganz andere Anwendungen. So gibt es in der Pflege sogenannte hilfsmittelintelligente Patientenheber, welche die Griffstärke speichern und mithelfen, die Patienten zu heben. Solche Möglichkeiten wird es in Zukunft geben. Aus meiner Sicht sollte man auch dem Rechnung tragen. Dies zum Beispiel wenn Unternehmungen oder ein Start up mit einer App eine Community generieren könnte, die Ressourcen zur Verfügung stellt, vielleicht sogar auf freiwilliger Basis. Wenn diesbezüglich etwas Intelligentes gefunden werden könnte, müsste der Kanton die Möglichkeit haben, innovative Projekte zu unterstützen, allenfalls in Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule, die ebenfalls über diese Themen forscht. Da mir diese Komponente gefehlt hat, habe ich diese Planungserklärung eingereicht. Ich hoffe, Sie können sie unterstützen.

Präsident. Für die dritte Planungserklärung gebe ich das Wort Grossrat Wüthrich.

Adrian Wüthrich, Huttwil (SP). Ich gebe zuerst meine Interessenbindung bekannt: Als Präsident von Travail suisse, dem Dachverband der Arbeitnehmenden auf schweizerischer Ebene, habe ich mich mit der Betreuung von älteren Menschen und pflegenden Angehörigen befasst. Mit dieser Tätigkeit muss sich die Politik näher befassen. Im vorliegenden Bericht wird diese Problematik wirklich gut dargestellt, wie zum Beispiel auf Seite 27 und folgenden. Das verdient ein grosses Lob. Die dritte Planungserklärung fordert, dass der Kanton Bern aktiv verfolgt, was auf nationaler Ebene gemacht wird und dass er sich selber auf nationaler Ebene entsprechend verkauft. Mit diesem sehr guten Bericht kann er sich sicher auf nationaler Ebene zeigen lassen und sich dort in Diskussionen einbringen, wenn es darum geht, auf nationaler Ebene Verbesserungen zu finden. Das ist in unserem föderalen System sicher nötig. Die Kantone haben in diesen Bereichen ein sehr grosses Gewicht, und hier soll der Kanton Bern sein Gewicht in die Diskussionen einbringen und sich aktiv beteiligen.

Es darf nicht nur die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Arbeit ein Thema sein, sondern auch die Pflege von Angehörigen und Arbeit. Hier gibt es noch einiges zu tun, was ja auch auf Bundesebene bekannt ist. Zurzeit laufen auf nationaler Ebene Bestrebungen, eine Interessengemeinschaft mit pflegenden Angehörigen aufzubauen. Man ist daran, mit den verschiedensten Organisationen, die auch hier im Bericht erwähnt werden, die Interessenvertretung der betroffenen Personen zu verbessern. Letztlich sind wir alle betroffen. Mit dieser Planungserklärung möchten wir ein Zeichen setzen, damit klar wird, dass auch der Grosse Rat dieses Anliegen unterstützt. Vielen Dank für Ihre Zustimmung.

Präsident. Wir kommen zu Planungserklärung 5.

Andrea de Meuron, Thun (Grüne). Ich komme später darauf zurück, den Bericht als solchen zu würdigen und befasse mich zuerst mit der Planungserklärung, die ich eingereicht habe. Bei genauer Lektüre des Altersberichts drängt sich der Eindruck auf, dass sich der Fokus der Versorgung schwerpunktmässig und ideell eher aus Sicht der stationären Institutionen darstellt. Die Gesichtspunkte der ambulanten Dienste und Leistungserbringer werden nicht gleichberechtigt, sondern nur am Rand berücksichtigt. So werden im Bericht die Probleme und der Handlungsbedarf im Bereich Akut- und Übergangspflege, psychiatrische Dienstleistungen und Versorgung im Alter zwar aufgezeigt, aber es fehlen konkrete Absichten, was unser Kanton zu tun gedenkt, damit eine Verbesserung in der Versorgung ermöglicht werden kann. Wir haben zu diesen Punkten Planungserklärungen eingereicht, die ich gerne begründe, beziehungsweise nur eine davon, da bei der Planungserklärung 4 die Flughöhe nicht stimmt. Dies korrigiere ich gerne, indem ich sie zurückziehe. Ich begründe also nur die Planungserklärung 5.

Auch in der Geriatrie und in der Geronto-Psychiatrie sind die Verhältnisse nicht so, wie sie sinnvollerweise sein sollten. Vor allem sind die aktuellen Verhältnisse nicht zukunftsgerichtet. Die Maxime «ambulant vor stationär» kann hier kaum durchgezogen werden. Es fehlen in unserem Kanton die Institutionen, das Fachpersonal, die Stellen und demzufolge die Finanzen. Das Angebot muss in diesem Bereich verbessert und entsprechend aufgebaut werden. Deshalb bedanke ich mich für eine Unterstützung dieser Planungserklärung, damit im stationären Sektor dieser Kategorien keine zusätzlichen stationären Plätze geschaffen werden müssen.

Präsident. Jetzt ist es an den Fraktionen, Stellung zum Bericht und zu den Planungserklärungen zu

nehmen.

Ueli Studer, Niederscherli (SVP). Die SVP bedankt sich für den umfangreichen Altersbericht 2016. Wir danken der Fürsorgedirektion und vor allem auch der Verwaltung für diesen klar abgefassten Bericht, der zeigt, welche Herausforderungen in den nächsten Jahren auf uns zukommen. Die demographische Entwicklung wird uns künftig vermehrt herausfordern, das wissen wir alle. Gemäss Bericht steigt der Trend bis ins Jahr 2035 stetig. Der Bericht zeigt zwei Szenarien auf, ein mittleres und ein hohes. Im Dezember 2014 betrug der Anteil der Altersgruppe 65+ 19,9 Prozent. Heute rechnet man für das Jahr 2035 beim Alter von 65+ mit 28,7 Prozent. Das ist eine massive Erhöhung. Wir müssen uns vorstellen, was das für uns künftig finanziell bedeutet, insbesondere hinsichtlich der Herausforderungen im Altersbereich. Der Altersbereich ist eine kantonale Angelegenheit. Die Finanzierung und die Verteilung der Betten laufen über den Kanton. Es ist also der Kanton, der die beantragten Betten bewilligt oder eben nicht. Man kann sich zu Recht fragen, wo denn da die Gemeinden in der Verantwortung seien, in denen die Seniorinnen und Senioren leben. Was machen die Gemeinden, und wie weit können sie überhaupt handeln? Wir haben diese Frage in der GSok gestellt und diskutiert. Übrigens möchte ich hier in Klammern hinzufügen: Auch dort war es beeindruckend, wie wir von der Verwaltung informiert worden sind. Zur Frage der Alterspolitik in den Gemeinden, die ich eben aufgeworfen habe: Es handelt sich dabei um eine Verbundaufgabe zwischen Gemeinden und Kanton. Diese Verbundaufgabe soll unter Einbezug der Bevölkerung stattfinden. Auf diesen Umstand hat man bereits in den Neunzigerjahren hingewiesen, und er gilt noch heute. Die Gemeinden müssen selber aktiv werden, sei es mit den Regionalkonferenzen oder mit Pro Senectute. Aber – und das ist auch eine Tatsache – man kann die Gemeinde nicht zwingen. Die SVP nimmt diesen Altersbericht mit den Handlungsfeldern sehr positiv zur Kenntnis.

Zu den Planungserklärungen: Die Planungserklärung 1, SP-JUSO-PSA Bhend werden einige von uns unterstützen. Die zweite Planungserklärung SP-JUSO-PSA Bhend wird ebenfalls von einem Teil von uns unterstützt. Der dritten Planungserklärung werden wir grossmehrheitlich zustimmen. Die Planungserklärung der Grünen lehnen wir ab.

Vizepräsidentin Ursula Zymbach übernimmt den Vorsitz.

Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern (FDP). Der Bericht ist wirklich ausgezeichnet, ich spreche hier auch von Seiten der FDP-Fraktion grossen Dank an die Verwaltung aus. Dies gilt insbesondere für die gute Darstellung der Handlungsfelder, aber auch generell der Thematik in der Alterspolitik. Der Bericht zeigt deutlich auf, wie wichtig eine zukunftsorientierte Alterspolitik für unseren Kanton, aber auch für andere Kantone und für andere Länder ist. Ich erlaube mir, kurz die WHO, also die Weltgesundheitsorganisation zu zitieren. Es dauert zwar noch eine Weile, aber für das Jahr 2050 rechnet man damit, dass jeder vierte Bewohner auf der Erde 60-jährig oder älter ist. Sie müssen sich das einmal vorstellen. Da kommt also im Bereich der Gesundheits- und Versorgungspolitik noch einiges auf uns zu: grosse Herausforderungen, wie zum Beispiel die Polymorbidität, also ältere Menschen mit verschiedenen Krankheiten; die ambulanten und stationären Betreuungsstrukturen; die Langzeitpflege; die Betreuung von Demenzkranken, die zunehmen, da die Menschen immer älter werden, und die Palliativversorgung im Kanton Bern. Der Bericht nimmt all diese Punkte auf und zeigt die entsprechenden Handlungsfelder auf. Man darf auch einmal sagen, dass der Kanton Bern im Hinblick auf die Alterspolitik sehr weit vorne ist. Man hat schon sehr viel gemacht, auch im Vergleich zu anderen Kantonen. Das muss man auch einmal hier am Mikrofon sagen. Besten Dank auch für das Engagement in den vergangenen Jahren. Die FDP-Fraktion nimmt sehr positiv Kenntnis vom Altersbericht. Zu den Planungserklärungen: Den Planungserklärungen 1, 2 und 3 stimmt die FDP-Fraktion zu. Die Planungserklärung 5 der Grünen lehnen wir ab.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (BDP). Im Namen der BDP möchte ich mich für den Bericht Alterspolitik herzlich bedanken. Ich kann nur in das allgemeine Lob einstimmen, wie wir es bereits von den Vorrednern gehört haben. Der Bericht zeigt uns auf, wo der Kanton Bern bei dieser Thematik steht, aber auch, wo der Trend, die Entwicklung bei der Alterspolitik hingehen könnte. Dass der Kanton Bern bei der Alterspolitik vorne mitmisch, nehmen wir mit grosser Freude und Genugtuung zur Kenntnis. Was in den vergangenen Jahren aufgebaut wurde, hilft uns, künftige Herausforderungen besser meistern zu können. Das Programm ZIA, «Zwäg ins Alter» sei gerne als gutes Beispiel erwähnt. Auch für diese Arbeit danken wir sehr. Der Bericht zeigt auch auf, welche Aufgaben künftig auch auf die Gemeinden zukommen. Gerade in kleinen Gemeinden braucht es Informationen und

Unterstützung, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Überregionale Zusammenarbeit wird auch hier wichtig. Das Modell Caring Community wird auch aus unserer Sicht in Zukunft an Bedeutung gewinnen. In diesem Zusammenhang ist die Ausbildung von Pflegefachkräften sehr wichtig, um dem Fachkräftemangel entgegenhalten zu können. Die BDP nimmt mit Wohlwollen zur Kenntnis, dass sich die Strategie Alterspolitik bewährt hat. Allerdings dürfen wir uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen, denn es sind noch einige Anstrengungen angesagt.

Zur Planungserklärung der SP zum Handlungsfeld 4: Die Berücksichtigung des betreuenden Aufwands bei Menschen mit Demenz ist im Krankenkassentarif geregelt mit der Auflage, dass keine zusätzlichen Kosten für den Kanton entstehen dürfen. Und da wir sehen, dass dieses Thema immer aktueller wird, stimmt die BDP einstimmig zu. Zur Planungserklärung der SP in Zusammenhang mit Caring Community: Diese Forderung klingt zwar gut, denn gerade in dieser Branche braucht es Innovationen. Da die Kosten hier jedoch nicht absehbar sind, wird diese Planungserklärung von uns nicht unterstützt. Die Planungserklärung 3 der SP unterstützt die BDP einstimmig. Diese Vernetzung macht aus unserer Sicht Sinn. Die Planungserklärung zum Thema Ausbau der ambulanten Geronto-Psychiatrie lehnen wir ebenfalls ab. Die AG entscheiden selbstständig, ob und wie viel sie ausbauen wollen. Die BDP lässt den Unternehmen die unternehmerische Freiheit und lehnt die Planungserklärung ab.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP). Die EVP-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung ganz herzlich für die gute Arbeit, die uns in diesem Bericht Alterspolitik im Kanton Bern 2016 entgegenkommt. Es werden Handlungsfelder definiert, es werden Ziele ausgewiesen, die medizinische und die demographische Entwicklung werden aufgezeigt und so weiter. Wir freuen uns aber auch über die Wertschätzung den alten und älteren Menschen gegenüber, die aus diesen Zeilen herauszulesen ist. Ich denke dabei zum Beispiel an die beschriebenen Projekte aus dem Handlungsfeld 1 in der Prävention, wie zum Beispiel ZIA oder auch VIA, oder an das Projekt «Jung mit alt» im Handlungsfeld 5, bei dem viel Elan, viel Professionalität vorhanden ist und viel Freiwilligenarbeit geleistet wird. Ich denke aber auch an die vielen Hilfen im Alltag und an die Ansprechstellen für ältere Personen und für ihr Umfeld, wie zum Beispiel die Beratungsstellen, auf die man online Zugriff hat, beispielsweise «Infoseniore» oder «Wohnen 60 plus». Der EVP-Fraktion gefallen Ansätze wie zum Beispiel Caring Community ganz besonders. Das ist nämlich das Szenario der Zukunft, wonach die Sorge um andere Menschen, hier eben um ältere Menschen, in die Gemeinschaft gehört: Sorge im Sinne von Unterstützung, Pflege sowie dem Teilen des Lebens. Das gehört eigentlich in die Familie, in die Gemeinschaften, in die Mitte unserer Gesellschaft, so wie es der Bericht postuliert. Die EVP-Fraktion unterstützt deshalb die Bestrebungen, die im Bericht aufgeführt werden, aber eigentlich auch darüber hinaus gehen, da der Kanton, der hier ja verantwortlich ist, in Altersfragen wieder vermehrt zusammen mit den Gemeinden im Verbund auftritt. Wir postulieren hier eine Art Back to the future, ein Modell, das sich an die Zeit von früher anlehnt, als die Gemeinden verantwortlich waren. Es gab Altersheime, es gab Krankenpflege und so weiter. So soll heute mit neuen Modellen die Vernetzung zwischen den Gemeinden und den Leistungserbringern wieder gefördert werden. Das kann mit Runden Tischen geschehen oder zum Beispiel über die Regionalkonferenzen, aber es muss sich wieder jemand direkt verantwortlich fühlen und die gemeindenahen Aufgaben solidarisch mit den Betroffenen angehen.

Die EVP-Fraktion unterstützt auch sehr, dass im Handlungsfeld 2 die pflegenden Angehörigen ins Zentrum gerückt werden. Es ist wichtig und richtig, dass diese Arbeit erstens gesehen, zweitens honoriert und drittens gefördert und unterstützt wird, und dass diesen Frauen – es handelt sich dabei ja meist um Frauen; Mütter, Töchter, einfach Frauen – Entlastungsangebote zur Verfügung gestellt werden. Ich denke da an Tagesstätten oder an Freiwillige, die sie ablösen. Wir haben es vorhin gehört: In 20 Jahren werden rund 10 Prozent der Bevölkerung 80+ sein. Wenn man die Zahlen von Höpflinger anschaut, merkt man, dass nur ein geringer Teil dieser Menschen in Alters- und Pflegeheimen wohnen, das wird in Zukunft ähnlich sein. Der grössere Teil wird zu Hause leben. Und diese gehören eben in diese Caring Communities, um nicht zu vereinsamen oder aufgrund irgendwelcher altersabhängiger Einschränkungen ausgegrenzt zu werden. Die EVP-Fraktion beantragt einstimmig Kenntnisnahme vom Bericht.

Wir heissen eigentlich alle Planungserklärungen gut. Die erste finden wir zum Beispiel elementar. Für die zweite kann ich nicht so viel Herzblut aufbringen, aber wir unterstützen sie selbstverständlich. Noch zur Planungserklärung 5: Hier sagen wir geteilten Herzens ja oder nein. Es geht hier darum, die Geronto-Psychiatrie allgemein aufzuwerten oder zu alimentieren. Die ambulante Geronto-Psychiatrie steht für uns nicht im Vordergrund. Uns geht es um die Geronto-Psychiatrie allgemein.

Zum Schluss noch ein Wort zur Existenzsicherung im Alter, die im Bericht ebenfalls angesprochen wird. Auf Seite 81 im Handlungsfeld 9 geht der Bericht auf die Finanzierungsmechanismen ein. Es ist unbestritten ein Gewinn, dass einkommensschwachen Menschen Ergänzungsleistungen gegeben werden, damit sie sich die oft teuren Aufenthalte in Alters- und Pflegeheimen finanzieren können. Die EVP wünscht sich hier aber einen Ausblick in die Zukunft, also dass solche Angebote auch nachhaltig finanziert werden können.

Präsident Carlos Reinhard übernimmt wieder den Vorsitz.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Ich werde es kurz machen, das Meiste wurde bereits gesagt. Aber eines ist es mir wichtig, nämlich der GEF für den ausführlichen Bericht zu danken. Er nimmt alle Facetten unserer Altersproblematik auf, ausser einem; ich komme später darauf zurück. Von daher ist er ein umfassendes Werk, das aufzeigt, was uns in Zukunft blüht. Ich möchte es noch verkürzen: Papier ist geduldig, und wir wissen, wo die Situation hinführt. Mit der Überalterung dieser Gesellschaft sind wir im Kanton Bern ganz besonders gefordert, die Grundversorgung so zu stützen, dass wir nicht finanziell auflaufen; sei es die Grundversorgung in der Psychiatrie, aber auch die Grundversorgung in der Somatik; sei es mit Hausärzten; sei es mit ärztlichem Personal. Eine der grossen Herausforderungen ist es, davon wegzukommen, dass man für jedes System Spezialisten braucht. Man muss insbesondere die Grundversorgung von hier und jetzt so befähigen, dass sie auch mit älteren und dementen Leuten umgehen kann.

Das einzige, das mir im Bericht gefehlt hat, ist der Umgang mit der Sucht im Alter. In den Altersheimen haben mehr als 60 Prozent der Personen eine Suchtproblematik, einerseits jahrelang, andererseits nur kurz. Dabei geht es nicht nur um «meine Leute», die ja bereits mit 50 Jahren alt und bisweilen schon im Altersheim sind. Vielmehr geht es primär um Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit. Wir sind froh, sagten die Projektleitung und die Verfasser dieses Berichts sofort, es sei für sie klar, dass dieser Aspekt fehle. Im nächsten Bericht soll und muss ein Schwerpunkt zum Thema Sucht im Altersheim publiziert werden. Die Gerontopsychiatrie ist ein gutes Beispiel um aufzuzeigen, dass die Angestellten besser befähigt werden müssen, um in vielen unterschiedlichen Bereichen eingesetzt zu werden, wenn wir zu wenig fachliches Personal anstellen können.

Wir werden heute noch über ein Postulat sprechen, über eine neue Form des Hausarztmodells, bei dem insbesondere mit Altersheimen zusammengearbeitet wird. Das ist die Zukunft: Das bestehende System zu stützen und zu überlegen, wie Leute mit Anreizen dazu gebracht werden können, den letzten Lebensabschnitt in kleineren Wohnungen zu verbringen und nicht bis 84 in einer Fünfstübliwohnung zu leben, wie es bei meinen Eltern der Fall war. Diese Modelle können wir uns nicht mehr leisten, auch wenn einzelne das Geld dazu hätten. Gesellschaftspolitisch geht das nicht mehr. Hier müssen wir neue Modelle entwickeln.

Vielen Dank also für den Bericht. Der nächste dürfte aus unserer Sicht etwas kürzer ausfallen. Wir müssen aufhören, 100-seitige Berichte zu erstellen. Wir müssen uns ein bisschen bescheiden und uns sagen, dass wir an der Front gefragt sind und an der Front Probleme lösen müssen. Aber ich möchte diese Aussage nicht so verstanden wissen, dass ich den Bericht desavouieren möchte, ganz und gar nicht.

Reto Müller, Langenthal (SP). Aus Sicht der SP-JUSO-PSA-Fraktion deckt der Bericht zur Alterspolitik 2016 die Situation und auch auf die Zukunft bezogen die zu erwartende demographische Entwicklung in grössten Teilen sehr gut ab. Wie viele andere möchten auch wir uns an dieser Stelle bei der GEF und auch bei Regierungsrat Perrenoud für die umsichtige und weitblickende Erarbeitung bedanken. Der Kanton Bern hat in diesem Bereich, das darf noch einmal erwähnt werden, nach wie vor eine Vorreiterrolle inne; insbesondere was die Planung der Pflegebetten betrifft. Wir haben hier ein System und eine Subjektfinanzierung, und das ist gut so. Soviel auch mit Blick auf später noch zu behandelnde Motionen.

Eine besondere Stärke des Berichts besteht darin, dass er nicht einseitig auf eine Bevölkerungs- oder Involviertengruppe fokussiert. Vielmehr versucht er aufzuzeigen, dass es in der Gesellschaft mehrere Institutionen, Player und eben auch Menschen aller Generationen braucht, damit wir die Herausforderungen der Zukunft bewältigen können. Caring Community ist ein Schlagwort, das Melanie bereits ausführlich beschrieben hat, vielen Dank. Beim Ausdruck Caring Community, also sorgende Gemeinschaft oder Gesellschaft, schlägt natürlich jedes sozialdemokratische Herz ein bisschen schneller. Wir hätten gerne mehr Caring Communities, nicht nur in der Altersfürsorge. Sorge und Pflege kann nämlich nicht einfach an Versicherer, an die Spitex, an Alterszentren oder an wei-

tere Institutionen delegiert werden.

Genauso wenig kann man aber auch verlangen, dass sich die Angehörigen und ausschliesslich die Familie um gebrechliche Menschen kümmern sollen, die eben dadurch an den Rand der Überforderung gelangen können. Kanton und Gemeinden haben eine wichtige Regiefunktion zu übernehmen, indem sie Rahmenbedingungen schaffen, die es den Menschen auch in der Situation der Verletzlichkeit im Alter ermöglicht, ein gutes, weitgehend selbstständiges und vor allem auch ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Das ist der SP-JUSO-PSA-Fraktion sehr wichtig. Die politischen Massnahmen sollen zu einem Gleichgewicht der Kräfte führen, damit sich alle Bevölkerungsteile ihrer jeweiligen Verantwortung bewusst sind. Auch die politische Verantwortung soll nicht zwischen den Gemeinden und dem Kanton hin- und herdelegiert werden. Es muss das Ziel sein, solche sich sorgenden Gemeinschaften oder zumindest Strukturen durch kantonale, regionale und auch kommunale Unterstützung und Förderung entstehen zu lassen, damit wir die Altersfürsorge und Altersversorgung auch künftig bezahlen können, und damit wir auch mit dieser Zunahme alter Personen sozusagen den Ansturm bewältigen können, der mit den Babyboomern, die jetzt älter werden, auf uns zukommt. Es darf im Kanton Bern keine Unterversorgung geben.

Wir erlauben uns mit den Planungserklärungen der SP-JUSO-PSA-Fraktion zu Themen, die aus unserer Sicht im Bericht etwas zu kurz kommen, Anträge zu stellen. Sie wurden bereits begründet. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt die eigenen Planungserklärungen, also die Nummern 1 bis 3 als wichtige Ergänzungen einstimmig. Auch die Planungserklärung der Grünen wird mehrheitlich unterstützt.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Auch die EDU-Fraktion möchte den vorliegenden Bericht zur Alterspolitik im Kanton Bern und auch die aufschlussreichen und detaillierten Informationen, die in der Kommission abgegeben wurden, verdanken. Es handelt sich hier um ein wichtiges Thema, das uns in Zukunft aufgrund der demographischen Entwicklung sehr stark beschäftigen und grosse Herausforderungen mit sich bringen wird. Die Kommissionssprecherin hat die wichtigsten Punkte sehr gut dargelegt, deshalb verzichte ich hier auf weitere Ausführungen.

Die erste Planungserklärung werden wir annehmen. Bei der zweiten haben wir keine einheitliche Meinung. Die dritte werden wir annehmen und die fünfte wird die EDU-Fraktion ablehnen.

Andrea de Meuron, Thun (Grüne). Die Fraktion der Grünen dankt dem Regierungsrat und vor allem der Verwaltung für die gute Arbeit in Form des vorliegenden und gut verständlichen Berichts. Er beinhaltet ihre grosse Arbeit und darf dementsprechend umfassend sein. Der Bericht liefert einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation, und die möglichen Herausforderungen des demographischen Wandels sind erfasst. Es ist immer wieder vom demographischen Wandel die Rede. Früher wurde einem in der Schule als Bevölkerungspyramide ein Tannenbäumchen gezeigt und heute gleicht sie immer mehr und mehr einem überfressenen Schneemann mit Bauchansatz. Die Zukunft gehört definitiv dem Rollator und nicht dem Skateboard. Der Kanton Bern gehört bevölkerungsmässig zu den Kantonen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Menschen in einem Alter von 65+ bis 80+. Als Programmleiterin von nationalen Seniorenmobilitätskursen weiss ich zwar, dass das kalendarische Alter absolut nichts darüber aussagt, wie mobil und somit selbstständig man ist. Damit meine ich nicht nur körperlich mobil, sondern auch geistig. Doch Tatsache bleibt, dass mehr ältere Menschen auch mehr Pflege bedeuten, mehr Betreuung, mehr Menschen, die aus dem Erwerbsleben «ausgestiegen worden sind» und somit mehr Menschen, die einen neuen Sinn in ihrem Leben brauchen. Der demographische Wandel stellt unsere Gesellschaft und auch die Politik vor grosse Herausforderungen. Dies vor allem auch, was die Pflege anbelangt, und hier hilft der Fachkräftemangel nicht gerade mit, die Situation zu vereinfachen. Der Preis für unsere individualisierte Lebensform und für den Wunsch, immer älter zu werden, bezahlen wir dann eben auch mit den Rechnungen, die mit den Steuern kommen oder mit den Krankenkassenprämien. Deshalb gilt es neue Lösungen zu suchen, wie wir mit dieser wachsenden Bevölkerungsschicht umgehen wollen. Hier ist der Kanton, die Gemeinden, aber auch das Individuum gefragt. Hierzu ein paar Stichworte: Wie wollen wir künftig wohnen? Es ist wichtig, gute ÖV-Anbindungen zu haben, damit das Einkaufen in der Nähe möglich ist und wir selbstständig bleiben können. Oder auch das Stichwort Wahlverwandtschaft: Wer pflegt mich, wenn meine Familie vielleicht weit weg wohnt oder sie mich vielleicht nicht pflegen will? Ein weiteres Stichwort ist die Palliativcare. Wie sieht ein würdiges Abschiednehmen aus?

Die im Bericht aufgeführten neun Handlungsfelder sind aus Sicht der Grünen richtig definiert. Auch sind wir mit den Themen, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden, einverstanden. Was sie

beinhalten, haben meine Vorredner bereits gesagt. Abschliessend lässt sich sagen, dass das Altern ein Querschnittsthema ist, das alle Verwaltungsbereiche und nicht nur die GEF betrifft. Alterspolitik ist eine gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe von uns allen. Die Herausforderung wird es sein, dass sich jede Ebene – und hier ist auch die Gemeinde in der Mitverantwortung – dieser Verantwortung bewusst ist und die Verbundaufgabe wahrnimmt. Wir müssen gemeinsam nach Lösungen suchen, damit wir sie zusammen umsetzen können. Die Fraktion der Grünen nimmt diesen Bericht dankend zur Kenntnis und wird ihn annehmen.

Bei der Planungserklärung 1 finden wir es ein bisschen schwierig, wenn ein Bereich herausgepickt wird. Allerdings ist die Formulierung grundsätzlich sehr offen. Da das Thema Demenz künftig wichtiger wird, werden wir diese Planungserklärung unterstützen. Zur Planungserklärung 2: Gerade ältere Menschen bräuchten Unterstützung, um mit dem technologischen Wandel umgehen zu lernen. Oft haben sie bereits Mühe, mit einer App umzugehen. Diesbezüglich müssten wir diese Bevölkerungsschicht unbedingt befähigen. Da uns das wichtig ist, werden wir diese Planungserklärung ebenfalls unterstützen. Zur Planungserklärung 3: Die 64 Millionen Stunden unbezahlter Arbeit für Betreuung und Pflege in der Schweiz, die an nahestehende Menschen geleistet wird, entsprechen einem Wert von 3,5 Mrd. Franken. Es handelt sich hier um eine Gratisdienstleistung, und wenn wir diese nicht mehr haben, werden unsere Gesundheitskosten steigen. Hier besteht also Handlungsbedarf. Deshalb werden wir auch diese Planungserklärung überweisen.

Philippe Perrenoud, Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Il est rare que j'aie autant entendu de louanges pour un dossier que j'amène ici, est-ce dû au fait que je parte? Je ne le pense pas, c'est surtout grâce à l'excellent travail qui a été fait par l'Office des personnes âgées et handicapées, en particulier Markus Loosli et plus particulièrement Mme Andrea Hornung qui ont fait un travail remarquable sur le long terme. J'aimerais revenir sur une parole du député Ueli Studer. Quand on a eu la discussion en 2008–2009 sur la péréquation financière canton-communes, les représentants des communes au Grand Conseil ont été extrêmement habiles à l'époque, parce que partout il y avait une grande dynamique de coûts, ces coûts sont venus au canton et les communes se sont un peu dans ce sens-là parfois déchargées. Parfois il est difficile de faire comprendre aux communes que c'est aussi leur travail de proximité d'imaginer ce qu'elles doivent aménager dans leur commune pour que les personnes âgées aient les prestations dont elles ont besoin maintenant et dans le futur. Il est vrai que, pour reprendre l'expression d'une Vaudoise, on va au-devant d'un tsunami gris. On va au-devant d'une situation que notre société n'a jamais connue, cela a été mentionné, d'ici 2040–2050, on aura de nouveaux défis à affronter, on ne peut pas actuellement définir toutes les mesures qu'il nous faudra prendre pour faire face à ce défi parce que l'on sait très bien que pour les pronostics, plus on s'approche de la date limite, plus les éléments peuvent changer. J'aimerais insister que c'est non seulement une tâche commune entre le canton et les communes pour Berne, mais c'est aussi une tâche commune Confédération, les cantons et les communes, chacun dans son domaine d'activités et de responsabilités de financement. La Confédération insiste beaucoup pour ne pas mettre les pieds dans nos tâches cantonales et communales, mais il est aussi important que la Confédération puisse coordonner les travaux là où c'est nécessaire. Suite à un postulat, le Conseil fédéral a accepté le 25 mai un rapport sur les soins longue durée qui donne plusieurs pistes de réflexion telles qu'on les trouve aussi ici dans les déclarations de planification, en particulier si je prends l'exemple des proches aidants qui est un sujet qui va aussi nous préoccuper ces prochaines années. C'est un sujet qui va vous accompagner, même notre prochaine génération, de savoir comment on organise notre société à tous les niveaux pour donner satisfaction à l'encadrement et aux soins des personnes de grand âge, en sachant que l'on va au-devant de beaucoup d'inconnues et qu'il faudra prévoir suffisamment tôt quelles mesures il nous faut prendre, sans encore parler du financement du système ou alors des ressources humaines dont on aura besoin pour encadrer les personnes de grand âge.

J'en viens maintenant aux déclarations de planification. Je remercie en particulier aussi le travail qui a été fait à la Commission de la santé et des affaires sociales. Personnellement, je n'ai pas eu le temps d'en discuter avec le gouvernement, je peux les accepter avec quelques remarques. Si on prend la déclaration de planification 1, là aussi il y a une stratégie nationale sur les démences qui a été mise en place et je crois qu'il faudra voir un peu comment on peut coordonner nos actions avec ce qui se passe au niveau fédéral. Cela va de même avec la déclaration de planification 5 où là aussi on essaie de réfléchir à comment avoir plus de ressources humaines pour accompagner les personnes âgées, la question du financement étant encore relativement ouverte. Concernant la déclaration de planification 2, ici, cela correspond à peu près à l'image que l'on a dans notre rapport

sur la politique du 3^e âge, en même temps cette déclaration de planification est assez vague pour que l'on ne puisse l'accepter puisque l'on ne sait pas trop bien ce que cela signifie. Les technologies, cela peut être utile, on sait que dans certains pays on utilise les choses de proximité; quand on voit les progrès chaque année des technologies modernes, qui sait vers où on va, mais il est certain qu'il faudra que l'on accompagne aussi le processus au niveau cantonal. Quant à la déclaration de planification 3, là c'est ce que j'ai dit tout à l'heure, cela va dans le sens aussi de ce qui se fait avec la Confédération, c'est quelque chose qui peut être accepté.

Concernant la déclaration de planification 4, c'est un peu plus compliqué Mme de Meuron, dans le sens que les soins transitoires ont été définis d'une manière précise par le législateur fédéral à l'article 25a de la LAMal, et cela ne concerne que les deux semaines. Depuis que cet article est en vigueur, il y a eu beaucoup de projets qui ont été mis en place, je suis un peu déçu parce que rien n'a jamais abouti, et avec l'arrivée du nouveau financement des hôpitaux, ces soins transitoires sont devenus un peu lettre morte, donc si cette déclaration de planification était acceptée, je verrais cela comme une mesure de réanimation de cet article 25a de la LAMal des soins transitoires, mais, en même temps si l'on réfléchit à ce qui se passe sur le terrain, cela me paraît impératif de se poser des questions, alors que le financement est actuellement vraiment peu clair et c'est un peu difficile. Donc l'accepter avec condition c'est un peu dans ce sens-là que j'irais pour cette déclaration de planification.

Präsident. Wie bereits gesagt, wurde die Planungserklärung 4 zurückgezogen.

Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (SP), Kommissionssprecherin der GSoK. Als Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Gerontologie möchte ich Ihnen für Ihre sehr positiven Voten danken. Bis auf eine Person haben Sie alle die demographische Entwicklung als Herausforderung anerkannt. Ich möchte es nicht unterlassen, Ihnen Folgendes zu sagen: Einige Gerontologen sind überzeugt, dass das dritte Lebensalter, also die Zeit zwischen 60 und 80, zu den schönsten Jahren gehören. Endlich kann man das machen, was man will, wenn man noch gesund ist. Das gehört doch auch noch dazu, um auf eine schöne Art älter zu werden.

Patric Bhend, Steffisburg (glp). Noch zu einem Argument in Zusammenhang mit meiner Planungserklärung wegen der Technologie: Es wurde gesagt, das könne teuer werden. Ich möchte einfach betonen: Es handelt sich hier um eine Planungserklärung zu einem Bericht. Es geht darum, sich überhaupt einmal zu überlegen, wie man solche Projekte in Zukunft finanziell unterstützen könnte. Es geht hier nicht darum, für irgendwelche Unternehmen, die etwas entwickeln wollen, einen Rechtsanspruch zu garantieren oder zu definieren. Ich denke eher an solche Dinge: Vielleicht haben Sie schon von Uber gelesen, bei denen man Taxis bestellen kann. Man kann davon mehr oder weniger begeistert sein, aber ich kann mir vorstellen, dass so etwas für ältere Menschen entwickelt werden könnte, die einen Betreuungsbedarf haben. Zum Beispiel im Rahmen von Nachbarschaftshilfe. Man könnte sich relativ schnell mit einer App registrieren und rasch feststellen, wo Hilfe nötig ist. Dann könnte man sich einschalten und für eine Nachbarin, die vier Häuser weiter weg wohnt, einen Einkauf erledigen oder ihr sonst irgendwie helfen, wenn sie grade dringend Hilfe braucht. Wenn man so etwas entwickeln kann, ist es möglich, langfristig Kosten zu sparen. Man wird nicht irgendwelche Projekte starten. Wir sprechen von Dingen, die im ordentlichen Budget Platz haben müssen, und es ist immer der Grosse Rat, der über das Budget entscheidet. Es geht darum, hier einen Budgetposten für die GEF, für die Alterspolitik im Kanton Bern zu verabschieden, und dann wird man in diesem Rahmen entscheiden, welche Möglichkeiten überhaupt bestehen und welches Potenzial solche Projekte haben könnten. Der Entscheid wird dann unter dem Gesichtspunkt von Kosten und Nutzen gefällt. Deshalb bitte ich Sie, hier ein Zeichen zu setzen, damit wir diesen rasanten technologischen Wandel nutzen können. Der technologische Wandel wird uns dabei helfen, die durch die Alterspyramide entstehenden Gesundheitskosten besser in den Griff zu bekommen. Das würde uns helfen, nicht den Anschluss zu verpassen. Bitte stimmen Sie dieser Planungserklärung trotzdem zu.

Präsident. Jetzt kommen wir zu einer ganzen Reihe von Abstimmungen. Planungserklärungen, die angenommen werden, werden gemäss Artikel 53 Grossratsgesetz beim Bericht an den Anfang gestellt. Wir stimmen zuerst über die Planungserklärungen ab, und dann führen wir die Gesamtabstimmung durch. Wer die Planungserklärung 1 annehmen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (1. Planungserklärung SP-JUSO-PSA (Bhend))

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	106
Nein	37
Enthalten	3

Präsident. Sie haben die Planungserklärung 1 angenommen. Wer die Planungserklärung 2 annehmen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (2. Planungserklärung SP-JUSO-PSA (Bhend))

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	88
Nein	54
Enthalten	3

Präsident. Sie haben die Planungserklärung 2 angenommen. Wer die Planungserklärung 3 annehmen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (3. Planungserklärung SP-JUSO-PSA (Wüthrich/Striffeler-Mürset))

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	109
Nein	34
Enthalten	3

Präsident. Sie haben die Planungserklärung 3 angenommen. Wer die Planungserklärung 5. a annehmen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (5. Planungserklärung Bst. a, Grüne (de Meuron))

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	56
Nein	88
Enthalten	2

Präsident. Sie haben die Planungserklärung 5. a abgelehnt. Wer die Planungserklärung 5. b annehmen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (5. Planungserklärung Bst. b, Grüne (de Meuron))

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	57
Nein	87
Enthalten	2

Präsident. Sie haben die Planungserklärung 5. b abgelehnt. Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung. Wer den Bericht inklusive Planungserklärungen 1, 2 und 3 zur Kenntnis nehmen will, stimmt ja, wer das ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Bericht mit angenommenen Planungserklärungen)

Der Grosse Rat beschliesst:

Kennntnisnahme mit Planungserklärungen

Ja	145
Nein	0
Enthalten	0

Präsident. Sie haben den Bericht mit den Planungserklärungen 1, 2 und 3 einstimmig zur Kenntnis genommen.